

SUV-Pendler entlastet

Zu: „Sprit wird deutlich teurer“, FR-Wirtschaft vom 17. Dezember

Die Überschrift ist wahrlich etwas polemisch. Hinzu kommt, dass die erwarteten sieben Cent pro Liter immer noch innerhalb der fast wöchentlichen Preisschwankungen liegt, die von den Ölkonzernen diktiert werden. Manchmal variieren die Preise sogar zwischen Freitag und Montag. Damit wären sieben Cent wirklich nicht „deutlich“. Folgende Überschrift würde den Sinn (Unsinn) des Pakets eher beschreiben:

„SUV-Pendler werden deutlich vom Klimapaket entlastet!“
Heimo Posamentier, Bad Soden

Von Kosten befreit

Erwiderung auf „30 Euro pro Schachtel“, Leserforum vom 13.12.

Leser Westermann möchte für Raucher und Raucherinnen das Verursacherprinzip einführen, d.h. für Lungenerkrankungen soll nicht die Krankenkasse aufkommen, sondern die Betroffenen selber. Ich hätte nichts dagegen. Aber dann bitte auch für Alkoholtrinker und -trinkerinnen. Erkrankten diese doch oft an der Leber und müssen mit hohem Einsatz von Geldern aus der Krankenkasse behandelt werden. Und wenn wir schon dabei sind, wie ist es mit verletzungsträchtigen Sportarten? Da könnte man eine ganze Liste zusammenstellen, und schwupps, wären die Krankenkassen von vielen Kosten befreit. Wie wäre es, Herr Westermann?

Waltraud Krebsbach-Hess, Bad Soden

Sympathien für Özil

Uiguren: „Ärger um Özil“, FR-Sport vom 16. Dezember

Der Satz ist erschreckend: „China hat gegenüber Ligen und Vereinen ein wichtiges Druckmittel in der Hand: die Macht über den wichtigsten Sportmarkt der Zukunft.“ Worüber denn nicht noch?!

Der Westen schweigt also mal wieder zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen, verbunden mit gnadenloser Unterdrückung von Minderheiten, und duldet totale Repression und Kontrolle. Dabei könnte man schon jeden Tag verzweifeln, wie in Hongkong systematisch, brutal und unnachgiebig lange gewachsene demokratische Grundhaltungen samt Menschen zu Grabe getragen werden.

Ich bin gespannt, ob sich Mesut Özil nach seiner Zurechtweisung zu einer nochmaligen Stellungnahme auffaffen wird. Es könnte ihm eventuell ein paar Sympathien gewinnen. Glücklicherweise sieht er jedenfalls nicht aus.

Ilona Horn, Marburg

Deutschland ist aus vielen Gründen unattraktiv

Fachkräftemangel: „Deutschland ist nur ‚mäßig attraktiv‘“, FR-Tagesthema vom 17. Dezember

Dieses Gesetz ist zutiefst unfair

Dieses Zuwanderungsgesetz sollte besser Arbeitgeberlobbygesetz heißen. Der Fachkräftemangel ist zu großen Teilen von Betrieben selbst verschuldet, indem zu wenig oder gar nicht ausgebildet, schlecht bezahlt wurde oder die Arbeitsbedingungen miserabel sind. Eine besonderes Beispiel für diese Missstände zeigt sich in der Pflege, wo zudem noch Krankenhäuser aus Kostengründen darauf verzichten auszubilden. Dieses Gesetz ist zudem unfair, indem es Ausbildungskosten im Inland einspart, um stattdessen Fachkräfte aus ärmeren Ländern abzuwerben.

Der Status von Flüchtlingen ist per Gesetz ein anderer als der von Migranten. Trotzdem gibt es einen sozialen Zusammenhang. Ich halte es für doppelbödig, wenn die wirtschaftlichen Interessen Vorrang vor den humanen genießen und anschließend gefordert wird, es sollten faire Bedingungen herrschen. Tatsächlich ist es doch so, dass unausgebildete, möglicherweise durch Kriegserfahrungen traumatisierte Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt nicht gewollt werden. Stattdessen werden ausgebildete Migranten bevorzugt, die sich zudem noch aus Anpassungs- und Abhängigkeitsmotiven nicht gewerkschaftlich engagieren und mit geringen Löhnen zufrieden sind. So schlägt man mehrere Fliegen mit einer Klappe. Da ist es doch von Arbeitgeberseite wirksam, das Bürokratiemonster aus der Kiste zu holen. Die Politik hält sich brav zurück, möchte es sich weder mit den Arbeitgeberverbänden verderben noch die durch wenig weitsichtige Politik entstandenen Missstände verantworten. Flüchtlinge, Migranten, Arbeitslose und Pflegebedürftige, die sich mit mangelnden Sprachkenntnissen aus-



Karikatur aus der FR vom Dezember 2007.

THOMAS PLASSMANN

einander setzen müssen, haben das Nachsehen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Wir stehlen heutzutage nicht mehr nur Rohstoffe

Ich kann den Duktus und die Haltung der FR nicht akzeptieren. Der „Fachkräftemangel“ ist hausgemacht. Die Unternehmen hätten über bessere Entlohnung, insbesondere aber durch bezahlte Fortbildung in den Betrieben selbst diesen „Mangel“ beseitigen können. Als Dozent in der Gewerkschaft Verdi befasste ich mich vor Ort mit dieser „Falschaussage. Wir haben kein Recht, einen etwaigen Mangel an Fachkräften durch Menschen aus ärmeren Ländern, insbesondere der „dritten Welt“ auszugleichen.

Wir sind also bereit, Doktoren etc. aus Indien zu „billigen Preisen“ zu importieren, damit „unsere“ Wirtschaft funktioniert. Wir stehlen heute nicht mehr nur Rohstoffe, sondern auch die „Gehirne“ unseren wirtschaftlichen Interessen entsprechend. Das kann nicht sein. Wissen die Autoren, wie viel

Geld eine Familie in Indien für die Ausbildung eines Kindes bezahlen muss?

In der Fachsprache heißt es: „Brain Drain“. Also „Entwicklungshilfe“ zur Ausbildung von Spezialisten für uns, dann holen wir sie hierher. Ein billigeres „Einkaufen“ gibt es nicht.

Es ist eine moralische Pflicht, sich dem „Klau“ der Gehirne aus anderen Ländern zu widersetzen! Das gilt auch und insbesondere für Gewerkschafter.

Ronald Koch, Frankfurt

Eine neue Generation von Gastarbeitern

Dass Deutschland für Fachkräfte aus dem Ausland nicht unbedingt attraktiv erscheint liegt nicht nur an der ausufernden Bürokratie, die in speziellen Berufen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse schier unmöglich macht, wie beispielsweise dem Lehrerberuf. Vielmehr wirkt – wie im Bericht auch herausgearbeitet – die vielerorts mangelnde Aufnahmebereitschaft bzw. das Gefühl, nicht als gleichwertig anerkannt und

willkommen geheißen zu werden. Hinzu kommt die fehlende Sicherheit durch befristete und unsichere Aufenthaltstitel. Die Regierung möchte Fachkräfte anwerben, ohne den Familiennachzug besonders zu berücksichtigen und den Zugewanderten einen dauerhaften sicheren Existenzaufbau zu ermöglichen. Was soll das werden, eine neue Generation von „GastarbeiterInnen“ – mit dem Unterschied, dass diesmal Sprachkenntnisse erwünscht und verlangt werden? Wie man es besser machen kann zeigen Kanada, Australien oder auch die Schweiz.

Zur weiteren Abschreckung dürften die jüngsten rassistischen und antisemitischen Gewalttaten in Halle oder Wächtersbach beitragen. Diese haben vielleicht international wenig Aufsehen erregt, doch wer sich für die Migration in ein völlig unbekanntes Land entscheidet, wird sich vorher genauer über die Bedingungen dort informieren. Das Aufdecken rechtsradikaler Strukturen in Polizei, Verfassungsschutz oder anderen Organen staatlicher Gewalt trägt nicht gerade zu „vertrauensbildenden“ Maßnahmen bei. Wenn die Menschenwürde von staatlicher Seite verletzt wird, tangiert das die Rechtssicherheit in diesem Land.

Letztlich sollte das bereits vorhandene Potenzial, das z. B. Geflüchtete mitbringen, genutzt und ausgebaut werden, durch erleichterten Zugang zu Sprach- oder Berufsförderkursen etc. Statt dies durch kostspielige Abschiebeaktionen zunichte zu machen. Vielmehr ist die zaghafte Öffnung für Fachkräfte von der Befürchtung getragen, nur nicht zu viele „anzulocken“, obwohl sie objektiv und rational betrachtet dringend gebraucht werden.

Birgit Knoll, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/fachkraefte-2

Gemeinsame Suche nach Lösungsmöglichkeiten

SPD: „Geht's noch?!“, Kolumne, FR-Meinung vom 12. Dezember, und „Die SPD kann den Grünen gerne allein hinterherlaufen“, FR-Politik vom 7. Dezember

Bashing ist diffamierend und kontraproduktiv

Vielen Dank, lieber Klaus Staeck, für die sehr lesenswerte Kolumne! Sie treffen die Problematik mal wieder auf den Punkt. Übrigens genauso zufällig wie Sie hatte auch ich den angesprochenen Kommentar über den Zustand der SPD in der „Welt“ gelesen und war wirklich entsetzt über das billige, eines Journalisten unwürdige Niedermachen einer demokratischen Partei, ohne den ernsthaften Versuch, sich sachlich – und natürlich auch kontrovers – auseinanderzusetzen mit den zur Diskussion stehenden Themen bzw. politischen Forderungen. Mir kam ein Satz von Dieter Hildebrandt in den Sinn: „Ich weiß nicht, wo ich mir da hinfassen soll: Der Kopf ist mir zu schade dafür!“

Kein Wort davon, dass hier gerade eine Partei in Aufbruchstimmung neue (basisdemokrati-

sche!) Wege geht. Und immer wieder wird angeblich fehlende politische Erfahrung von Walter-Borjans und Esken angeführt: Als wären sieben Jahre Arbeit als Finanzminister im größten deutschen Bundesland bzw. ein Bundestagsmandat nichts. Zum Glück macht die FR nicht mit bei dem weit verbreiteten SPD-Bashing. Natürlich kann und muss es auch Kritik geben an Parteien und politischen Entscheidungsträgern. Das ist doch selbstverständlich in einer Demokratie! Warum fällt es vielen Journalisten und Medien so schwer, sich auf Sachfragen zu konzentrieren?

Darauf aber käme es an: z.B. zu prüfen, ob die Ideen und Antworten der gegenwärtigen SPD zu den drängenden lebenswichtigen Fragen unserer Zeit ausreichen. Wie können wir (mehr) Klimaschutz, Gerechtigkeit und Frieden verwirklichen? Wünschenswert und zielführend wäre es, gemeinsam nach Lösungs-

möglichkeiten zu suchen, sich argumentativ im Diskurs auseinanderzusetzen. Bashing lenkt ab, ist diffamierend und kontraproduktiv.

Martin Pfeiffer, Wachenheim

Kuban lässt seine eigene Generation im Stich

Die Argumentation von Tilman Kuban kann in zwei wesentlichen Punkten nicht überzeugen. Zum einen bleibt es in gestalterischer Hinsicht eher ein Armutszeugnis, wenn man ein Klimapakett beschließt, das mit einem extrem niedrigen CO2-Preis von vornherein bewusst so angelegt war, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit keine ökonomische Lenkungswirkung haben würde und wo jegliche positiven kreativen Ideen wie zum Beispiel die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets im ÖPNV in allen größeren Städten durch einen Bundeszuschuss fehlen. Zum anderen zeugt es ferner von wenig

volkswirtschaftlicher Kompetenz, wenn man an der sogenannten schwarzen Null wie an einem politischen Fetisch weiter festhalten möchte, da dieses strenge Korsett nicht nur einen erheblichen Sanierungsstau zur Folge hat, sondern auch, dass Deutschland deutlich weniger als viele andere OECD-Länder in die Bildung investiert, was man insbesondere sehr deutlich an den viel zu wenigen Masterstudienplätzen sowie zum Teil bedenklichen hohen Abbrecherquoten gerade in vielen technischen Studienfächern sieht. Deshalb muss sich der Chef der Jungen Union hier den Vorwurf gefallen lassen, nicht weit genug zu denken und mit seiner unkritischen „Copy-and-Paste“-Übernahme des CDU-Programms leider ebenfalls vor allem seine eigene jüngere Generation im Stich zu lassen!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Diskussion: frblog.de/spd-spitze